Christoph Butterwegge · Bettina Lösch · Ralf Ptak (Hrsg.)

Neoliberalismus

Christoph Butterwegge
Bettina Lösch
Ralf Ptak (Hrsg.)

Neoliberalismus

Analysen und Alternativen

Mit einem Vorwort von Annelie Buntenbach

VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 2008

Alle Rechte vorbehalten
© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2008

Lektorat: Frank Engelhardt

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-15186-1

Inhalt

Vorwort 9

Einleitung 13

I Theoretische Verortung des neoliberalen Projekts

Neoliberalismus und Hegemonie 17
Alex Demirović

Neuliberale Verhältnisse: Staatlichkeit und Geschlecht 34
Birgit Sauer

Globalisierter Neoliberalismus 50
Elmar Altvater

Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus: ein deutscher Sonderweg 69
Ralf Ptak

Die Neoliberalisierung des „Rheinischen Kapitalismus“.
Zur Politischen Ökonomie einer kapitalistischen Penetration 90
Bernd Röttger

II Bereiche neoliberaler Wirkungsmächtigkeit

Das Prinzip des Nichtwissens im Jahrhundert der Wissenschaft.
Zum Verhältnis von Neoliberalismus und liberaler Wissenschaftstheorie 111
Jürgen Nordmann

„Eine Kategorie des Unsinns …“.
Die soziale Gerechtigkeit im Visier der neoliberalen Theorie 132
Jörg Reitzig

Marktlogiken in Lifestyle-TV und Lebensführung.
Herausforderungen einer gesellschaftskritischen Medienanalyse 147
Tanja Thomas

Die neoliberale Umformung des Umweltrechts 164
Andreas Fisahn

Marktgesteuerte Alterssicherung. Von der Entwicklung zur
Implementierung eines neoliberalen Reformprojekts 181
Christian Christen

III Der Doppelcharakter des neoliberalen Staates

Marktradikalismus und Rechtsextremismus 203
Christoph Butterwegge

Der neoliberale Staat, die private Produktion von „Sicherheit“ und die
Transformation der Bürgerrechte 224
Fabian Virchow

Die Europäische Union als Beispiel für institutionalisierte (Sach-)Zwänge 243
Anne Karrass

Privatisierung als Kernelement der neoliberalen Gegenreform 259
Werner Rügemer

Bahnwesen im Niedergang. Die (kapital)marktorientierte Neuvermessung
des Schienenverkehrs in Deutschland und Großbritannien 277
Tim Engartner

IV Alternativen für eine postneoliberale Agenda

Von der Dialektik des Neoliberalismus zu den Widersprüchen der Bewegungen 301
Mario Candeias

Gegenhegemonie unter „postneoliberalen“ Bedingungen. Anmerkungen zum Verhältnis von Theorie, Strategie und Praxis 318
Ulrich Brand

Politische Bildung in Zeiten neoliberaler Politik: Anpassung oder Denken in Alternativen? 335
Bettina Lösch

Die postneoliberale Agenda und die Revitalisierung der Gewerkschaften 355
Hans-Jürgen Urban

Eine demokratische Aneignung des Kapitalismus 374
Friedhelm Hengsbach

Lateinamerika: Alternativen zur neoliberalen Politik? 394
Dieter Boris und Anne Tittor

Autor(inn)en 415

Vorwort

Der Neoliberalismus hat in den letzten Jahren weite Bereiche unserer Gesellschaft geprägt. Es ist ihm gelungen, zumindest in einem Großteil der medialen Öffentlichkeit die Legitimität des grundgesetzlich geschützten Sozialstaates – erstmals nach 1945 – zu erschüttern und dessen Säulen ins Wanken zu bringen. In den Köpfen der Menschen hat der Neoliberalismus vorgebliche „Selbstverständlichkeiten" verankert, aber auch jenseits der ideologischen Ebene die materielle Realität vieler Menschen verändert. Inzwischen zeigen sich zwar Risse in dem auf Hochglanz polierten Gebäude. Wie groß die Chancen sind, über die Formulierung von Alternativen wieder eine emanzipatorische Perspektive zu gewinnen, hängt jedoch nicht zuletzt von der fundierten Bilanzierung des Phänomens Neoliberalismus ab, also von einer präzisen Analyse, wie sich die ökonomischen, politischen und sozialen Kräfteverhältnisse verändert haben und wo sich Ansatzpunkte finden oder entwickeln lassen, die eine solidarische Entwicklungsrichtung der Gesellschaft möglich machen. Eben dazu trägt dieser Sammelband bei.

Jene Variante neoliberaler Politik, die wir hierzulande in den vergangenen Jahren erlebt haben, unterscheidet sich erheblich von der brachialen Konfrontation, mit der Margaret Thatcher ihre Politik in Großbritannien ab Ende der 70er-Jahre durchgesetzt hat – im wahrsten Sinne des Wortes mit aller Gewalt gegen Gewerkschaften und andere Gegner/innen ihres Kurses. In der Bundesrepublik hat sich die Umsetzung neoliberaler Politik eher schleichend vollzogen, sozusagen durch die Hintertür, inszeniert als Sachzwang und geduldig in der Ermüdung von Protesten, z.B. gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe („Hartz IV").

Nichtsdestotrotz sind die Auswirkungen des neoliberalen Projekts mittlerweile auch in Deutschland überall spürbar. Das gilt insbesondere für den Bereich der Arbeit bzw. des Arbeitsmarktes. Die Erosion der tariflich und sozial tragfähig abgesicherten Beschäftigungsverhältnisse – früher der gesellschaftliche Normalfall zumindest für einen großen Teil der männlichen Arbeitnehmer – ist von der (Regierungs-)Politik scheibchenweise, aber zielstrebig und umfassend in Gang gesetzt worden, was die Politiker/innen übrigens nicht davon abhält, heute in den Chor jener einzustimmen, die manche Ergebnisse dieser „Reformen" beklagen.

Verdanken wir z.B. die Unmenge an befristeten Arbeitsverhältnissen noch der Kohl-Regierung, hat die rot-grüne Koalition den fatalen Zickzackkurs bei der geringfügigen Beschäftigung mit inzwischen mehr als 6,5 Mio. sog. Minijobs nahtlos fortgesetzt. Die Ausweitung der Leiharbeit war ein Herzensanliegen des damaligen Wirtschaftsministers Wolfgang Clement. Inzwischen entsteht jeder zweite neue Job im Bereich der Zeitarbeit, einer Branche, in der das Kündigungsrisiko vier- bis fünfmal höher ist als in anderen und in der jeder achte Beschäftigte auf ergänzende „Hartz IV"-Leistungen (Arbeitslosengeld II) angewiesen ist, weil der Lohn zum Leben nicht reicht. Die sog. Aufstocker sind mittlerweile zu einem Massenphänomen geworden.

Zu der immensen Ausweitung prekärer Beschäftigung kommt die massive Absenkung der Lohnersatzleistungen im Fall von Arbeitslosigkeit durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe im Rahmen der „Hartz-Gesetze", aber auch über die Kürzung des Arbeitslosengeldes I sowie die Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln. So wird im Schatten der Massenarbeitslosigkeit die Notsituation der Menschen missbraucht, um das Lohn- und Tarifgefüge auf einen historischen Tiefstand zu drücken.

Bei allen erwähnten Maßnahmen verlief die Durchsetzungsstrategie nach einem ähnlichen Muster: Per Gesetz wurden einzelne Stellschrauben verändert, „um der Wirtschaft auf die Füße zu helfen". Kurzfristig war der Effekt relativ gering, langfristig immens. Thematisiert hat die durchaus absehbaren Folgen aber nur eine Handvoll Spezialisten oder „Schwarzseher", die es bei jedem dieser Themen gab – durchaus auch in Personalunion. Wenn die umwälzenden Konsequenzen später offensichtlich wurden, ließ sich der Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung für die Öffentlichkeit kaum noch ausmachen, und die politisch Verantwortlichen waren längst über alle Berge. Ein weiterer „Sachzwang" war konstruiert.

Hierzu ein Beispiel: Wenn der Staat für die Unternehmen eine Vielfalt von Anreizen schafft (und damit Möglichkeiten eröffnet), bei neuen Beschäftigungsverhältnissen die Kosten der Sozialversicherung einzusparen und die sozialen Risiken allein auf die Beschäftigten und – wenn diese sie nicht schultern können – auf die Allgemeinheit abzuwälzen, werden sich immer mehr Arbeitgeber in dieser Logik bewegen. Kein Anbieter ist ohne Not teurer als sein Konkurrent. Der Unterbietungswettbewerb führt entsprechend zu einer flächendeckenden Umgehung der Sozialversicherungspflicht. Aber statt die nun sichtbar gewordenen Ausweichbewegungen der Unternehmen durch veränderte Anreize ökonomisch unattraktiv oder riskanter zu gestalten und die Fehlanreize wieder zu beseitigen, beklagen die Politiker bestenfalls, dass es so gekommen ist. Als hätte es niemand entschieden!

Dieses Denken knüpft auf der ideologischen Ebene beim großen Wort der „Sachzwänge“ an, die man der Öffentlichkeit seit Jahren als gesunden Menschenverstand zu verkaufen sucht: Man könne sich den Gesetzen der Ökonomie nicht entgegenstellen, heißt es, und wenn es „der Wirtschaft“ gutgehe, gehe es allen gut. Die neoliberale Ideologie schätzt die Demokratie gering, denn sie bestreitet die politische Gestaltbarkeit wirtschaftlicher Abläufe und setzt die Politik unter finanziellen Disziplinierungsdruck zur Senkung der Staatsquote. Da der alte Satz „Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten“ nach wie vor gilt, führt dies im Ergebnis dazu, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet. Die Verteilungsrelationen nähern sich in hohem Tempo dem US-amerikanischen Modell an. Aber auch wenn die Wachstumszahlen nach oben zeigen, profitiert nur jener Teil der Gesellschaft, der auch vorher schon gut dastand. Die anderen bleiben auf der Strecke, wie der Konjunkturaufschwung 2006/07 in Deutschland zeigt. Die Verschärfung der Spaltung ist eindeutig das Ergebnis einer ungerechten Verteilungspolitik, welche die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen ent-, die Arbeitseinkommen hingegen belastet.

Der Lack der so einfachen wie falschen neoliberalen Grundsätze hat inzwischen Risse bekommen, nicht zuletzt durch die Erfahrungen in anderen Ländern, wo die neoliberale Modernisierungspolitik früher wirksam wurde, weshalb deren Folgen nun bereits deutlich sichtbar sind. Allerdings nehmen sie in vielen Köpfen immer noch großen Raum ein und erschweren die Bemühungen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen um solidarische Strategien. Aber auch die objektiven Bedingungen des alltäglichen Überlebenskampfes vieler Menschen schwächen die Mobilisierungsfähigkeit einer gesellschaftlichen Gegenbewegung insgesamt.

Wenn so viele Menschen in Leiharbeit, prekären Formen der Selbstständigkeit sowie Mini- und Ein-Euro-Jobs gedrängt, „outgesourced“ und herumgeschoben werden oder ständig mit dieser Gefahr vor Augen ihrer noch abgesicherten Arbeit nachgehen, ist die Wirkung auf das gesellschaftliche Klima tiefgreifend. Rückfälle in frühkapitalistische Verhältnisse nehmen zu: Eine Reinigungskraft, die formal zwar Tariflohn bekommt, praktisch aber nur die Hälfte erhält, weil sie doppelt so viele Hotelzimmer schaffen soll; eine Briefverteilungsfirma, die bloß wenige Cent für die Zustellung eines Briefes bezahlt, obwohl die langen Strecken zwischen den Adressen dazu führen, dass im Monat bei Vollzeitarbeit nur ein Hungerlohn auf dem Konto ist – diese in der Öffentlichkeit wahrgenommenen Beispiele sind nur die Spitze des Eisbergs. Da bedarf es für die Beschäftigten großer Zivilcourage, um hier die Gründung eines Betriebsrates durchzusetzen und

gemeinsam mit der Gewerkschaft für bessere Bedingungen zu kämpfen, so wie es mit dem Mindestlohn für Postzusteller ab 1. Januar 2008 gelungen ist.

Die Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen und die nicht frei gewählte Individualisierung von Lebenslagen schmälern die Chancen zu kollektiver Gegenwehr sowie zur Durchsetzung kollektiver Schutzstandards und Interessen. Die flächendeckenden Dumpingstrategien und die Rückfälle in den Frühkapitalismus gehen deshalb mit einer Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfkraft einher. Auch das ist ein Ziel der neoliberalen Politik, was wiederum die Gewerkschaften vor die Aufgabe stellt, prekär Beschäftigte für die Gewerkschaften zu gewinnen, sie in ihren unterschiedlichen Lebenslagen und Beschäftigungsformen anzusprechen und zu organisieren. Ein solches Ausmaß an prekären Beschäftigungsverhältnissen ist auch eine Gefahr für die Demokratie, denn prekäre Beschäftigung führt zu prekärer Demokratie. Sich politisch einzumischen und für die eigenen Interessen zu streiten, fällt viel leichter, wenn man einen halbwegs sicheren Stand hat, erst recht im Betrieb. Aber die Leistungsverschlechterungen im Fall von Arbeitslosigkeit erhöhen das Risiko derer, die von ihrer Arbeit leben müssen, und schaffen eine Atmosphäre allgemeiner Verunsicherung.

Dieser wachsenden Verunsicherung auf der einen Seite steht mit dem Neoliberalismus auf der anderen Seite eine dogmatische Ideologie gegenüber, die das Ende der Politik verkündet, keine Alternative zum als Sachzwang geadelten Interesse der Kapitalseite gelten lassen will und all jene, die für neue Wege streiten, als „Blockierer“ beschimpft. Das führt zur Abwendung von der Politik bzw. vom Anspruch der Einmischung, zu Politikverdrossenheit und Entdemokratisierung.

In den letzten Jahren waren es die Interessen der Kapitalseite, welche die Öffentlichkeit beherrschten, während die Interessen der Menschen, der Akteure außerhalb der Vorstandsetagen, gar nicht mehr vorzukommen schienen. Diese Interessen, die Lebenswirklichkeit der Bevölkerungsmehrheit auf der politischen Bühne wieder sichtbar und hörbar zu machen, wäre ein wichtiger Schritt zur demokratischen Wiederaneignung des politischen Raumes. Die geschlossene Veranstaltung des Neoliberalismus aufzuhebeln ist niemand allein imstande, auch keine so große Organisation wie die Gewerkschaften. Dazu können und müssen die verschiedensten gesellschaftlichen Kräfte ihren Beitrag leisten, nicht zuletzt die Wissenschaft. Wo es möglich ist, müssen sie sich gegenseitig unterstützen und verstärken, denn es lohnt den gemeinsamen Versuch, die Käseglocke zu lüften.

Annelie Buntenbach

Einleitung

Die Auseinandersetzung um Theorie und Praxis des Neoliberalismus hat in (West-)Deutschland mehrere Phasen durchlaufen: Zunächst gab es seit den späten 40er-Jahren vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Neuordnung der entstehenden Bundesrepublik eine intensive Debatte im politischen wie im wissenschaftlichen Raum, die stark von Vertretern der katholischen Soziallehre beeinflusst wurde. In der Kontroverse um die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierungen Adenauer und Erhard entstanden erste grundlegende Analysen zum deutschen Neoliberalismus. Gegen Ende der 70er-Jahre, vor allem aber nach Bildung der CDU/CSU/FDP-Koalition im Herbst 1982, begann unter dem Eindruck von Thatcherismus und Reaganomcis ein neuer Diskussionszyklus, der die Fäden der 50er-Jahre teilweise aufgriff und den Horizont um den Begriff „Neokonservatismus" erweiterte. Damit sollte die von Bundeskanzler Helmut Kohl proklamierte „Wende" analytisch erfasst werden.

Mitte der 90er-Jahre setzte der bis heute mit unterschiedlichen Akzentsetzungen andauernde Diskussionszyklus ein. Nach ersten Arbeiten zur neoliberalen Theorieentwicklung folgten Studien zu der entsprechenden Regierungspraxis, zu den Wirkungsmechanismen des neoliberalen Projekts und zur Strategie seiner Implementierung. Gegen Ende der 90er-Jahre hielt der Neoliberalismusbegriff auch Einzug in die allgemeine politökonomische Debatte. „Neoliberalismus" wurde zu einem politischen Schlagwort, das in sehr allgemeiner Form für die negative Seite der aktuellen Reformprozesse steht. Neoliberal ist demnach mehr oder weniger alles, was den Umbau Deutschlands vom Bismarck'schen Sozial-(versicherung)staat zur Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft sowie vom traditionellen Korporatismus mit starken Gewerkschaften zum angloamerikanischen „Shareholder value"-Modell kennzeichnet. Während die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus an öffentlicher Breite gewann und die marktradikale Strategie in weiten Kreisen bekannt machte, führte die wachsende Popularität auch zu einer gewissen Entleerung des Begriffs.

In den meisten der mittlerweile recht zahlreichen Publikationen zum Neoliberalismus steht die eigentliche Auseinandersetzung mit seiner Theorie und Praxis sowie möglichen Gegenstrategien gar nicht im Vordergrund. Vielmehr dient der Neoliberalismus lediglich als Folie für die aktuellen politischen, öko-

nomischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse. Demgegenüber rückt dieser Band das neoliberale Projekt wieder selbst ins Zentrum der Analyse. Seine Beiträge bilden die plurale Diskussion emanzipatorischer Kritik am bzw. des Neoliberalismus ab, liefern neue Analysen und richten gleichzeitig den Blick auf Alternativen zum neoliberalen Projekt.

Mit der vorliegenden Publikation werden verschiedene Ansätze der Forschung zum Neoliberalismus im deutschsprachigen Raum zusammengeführt und gebündelt. Untersucht werden Gründe und Bereiche seiner Wirkungsmächtigkeit, die widersprüchliche Rolle des Staates sowie Voraussetzungen und Ansätze für eine postneoliberale Agenda. Hinsichtlich der Wirkungsmächtigkeit neoliberaler Politik sind u.E. noch zahlreiche Fragen offen, beispielsweise: Ist der Neoliberalismus tatsächlich ein hegemoniales Projekt? Wie reproduzieren die Subjekte die neoliberale Alltagskultur? Wie ist das widersprüchliche Staatsverständnis des Neoliberalismus – starker und schwacher Staat zugleich – genau zu erfassen? Wie kann eine langfristige Gegenstrategie erfolgreich umgesetzt werden? Was können wir aus den Erfahrungen anderer Länder lernen?

Trotz oder vielleicht sogar gerade wegen mancher symbolhafter Absagen an das neoliberale Projekt, wie sie zuletzt im Hinblick auf die schwindende Akzeptanz in der Bevölkerung (Stichwort „Legitimationskrise des Neoliberalismus“) und als Reaktion auf die erstarkende LINKE vorgebracht wurden, halten wir eine wissenschaftliche Analyse des Neoliberalismus (weiterhin) für notwendig und lohnenswert. Bislang sind grundlegende strukturelle Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hierzulande nicht erkennbar, und wie leidvolle Erfahrungen aus Lateinamerika zeigen, würden die Folgen der neoliberalen „Konterrevolution“ (Milton Friedman) selbst im Falle eines rapiden Umdenkens noch viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte nachwirken.

Der vorliegende Sammelband führt unser Buch „Kritik des Neoliberalismus“ weiter, das eher einführenden Charakter besitzt und sich mit den theoretischen Grundlagen sowie den Auswirkungen neoliberaler Politik auseinandersetzt. Die hier versammelten Aufsätze sollen dazu beitragen, die Diskussion um Alternativen weiterzuentwickeln.

Herzlich bedanken möchten wir uns bei Martin Ohliger und Katharina Richter, die uns hinsichtlich der Recherche und Organisation unterstützt haben. Besonderer Dank gebührt auch Frank Engelhardt, der als Lektor beide Buchpublikationen von Beginn an mit guten Ratschlägen begleitet hat.

Köln, im Dezember 2007 *Christoph Butterwegge, Bettina Lösch* und *Ralf Ptak*

I
Theoretische Verortung des neoliberalen Projekts

Alex Demirović

Neoliberalismus und Hegemonie

Seit Jahren gibt es eine neokonservativ-neoliberal konzipierte Umstrukturierung des wohlfahrtsstaatlich organisierten Kapitalismus, die viele Linke in kritischer Absicht davon sprechen lässt, dass der Neoliberalismus hegemonial sei. Zweifellos findet eine solche Reorganisation bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse statt: Alle, vom Kleinkind bis zum Rentner, vom Kindergarten über die Hochschule bis zum Wasserwerk, sollen sich unternehmerisch verhalten, sollen im Wettbewerb die Erstplatzierten und Exzellenten, niemand und nichts darf einfach nur gut sein. Hier soll jedoch gefragt werden, ob es angemessen ist, diese Entwicklung als Ausdruck einer neoliberalen Hegemonie zu begreifen.

Was ist Hegemonie?

Unerlässlich ist es, zu bestimmen, was Hegemonie bedeutet. Deshalb sei auf die Überlegungen Antonio Gramscis hingewiesen, dessen Schriften viel zum Verständnis der Hegemonie beigetragen haben und auf den sich folgerichtig die meisten Autor (inn)en (vgl. z.B. Candeias 2004; Hirsch 1995) berufen. Hegemonie heißt ganz allgemein eine kulturelle und intellektuelle Organisation, durch welche die Weltsicht und die Ordnung der Dinge, wie sie der Lebensweise der bürgerlichen Klasse und ihrer Funktion in der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion entsprechen, auf andere, vor allem subalterne Klassen ausgedehnt, also verallgemeinert werden, sodass sie selbst jene teilen und respektieren, die eben dadurch beherrscht werden. Letzteres ist möglich, weil die herrschende Klasse mit dem Prozess ihrer Verallgemeinerung auf eine rigorose Durchsetzung ihrer Interessen verzichtet. „Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, daß den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird, daß sich ein gewisses Gleichgewicht des Kompromisses herausbildet, daß also die führende Gruppe Opfer korporativ-ökonomischer Art bringt, aber es besteht kein Zweifel, daß solche Opfer und ein solcher Kompromiß nicht das Wesentliche betreffen können,

denn wenn die Hegemonie politisch-ethisch ist, dann kann sie nicht umhin, auch ökonomisch zu sein, kann nicht umhin, ihre materielle Grundlage in der entscheidenden Funktion zu haben, welche die führende Gruppe im entscheidenden Kernbereich der ökonomischen Aktivität ausübt." (Gramsci 1996, Bd. 7, S. 1567)

Hegemonie beinhaltet also, dass das Bürgertum darauf zielt, sich zu verallgemeinern. Diese Verallgemeinerung vollzieht sich durch Zugeständnisse. Dies aber heißt für Gramsci, dass die herrschende Klasse im Zuge der Verallgemeinerung auch den Standpunkt der von ihr Beherrschten ein- und diesen bis zu einem gewissen Grade übernimmt, durch Überwindung ihres bloß ökonomisch-korporativen Interesses mithin als herrschende Klasse selbst ihren Charakter verändert. Die bürgerliche Klasse wird allgemein heißt, dass sie ein Totalisierungsprojekt verfolgt, welches auf die Formierung der Gesellschaft als einer integrierten Einheit zielt und sich durch eine gemeinsam geteilte objektive Welt sowie klassenübergreifende Diskurse auszeichnet. Dieser Prozess der Verallgemeinerung und Totalisierung führt zum Aufbau eines komplexen Überbaus mit einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Apparaten. Aus diesem Blickwinkel betrachtet, ist das Kriterium für Hegemonie eine Politik und Kultur des spezifischen Kompromisses, der unter dem fordistischen Kapitalismus die Form des Wohlfahrtsstaates und der Kulturindustrie (also Aufstieg aus unteren Klassen im Produktionsapparat standardisierter Unterhaltung) angenommen hat.

Sagt man, der Neoliberalismus sei hegemonial, beinhaltet dies, dass er neue Muster des Zugeständnisses und der Verallgemeinerung schafft. Gerade das bestreite ich im Folgenden und behaupte, dass der Neoliberalismus einen Prozess der Neukonstitution der bürgerlichen Klasse organisiert, die sich aus dem bisherigen Kompromiss herauslöst, indem sie unter sich revolutionierenden kapitalistischen Verhältnissen erneut eine ökonomisch-korporative Phase durchläuft, ihre unmittelbaren Gewinninteressen verfolgt und die für sie günstige Lebensweise ohne oder mit denkbar geringen Zugeständnissen verfolgen will. Dass der Neoliberalismus nicht hegemonial ist, bedeutet keineswegs, von einem „moderateren" Kapitalismus auszugehen; es wird nur auf andere Weise, ja vielleicht in viel stärkerem Maße geherrscht, d.h. mit weniger Konzessionen, eher mit ökonomischen Sachzwängen, also dem stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse, mit der Kontingenz und den Ängsten vieler Menschen (vgl. Demirović 2001). Dies wird ergänzt durch starke Rückgriffe auf private und öffentliche Sicherheitsdispositive und zeitlich, räumlich und sozial flexibel gehandhabte Ausnahmezustände.

Neoliberalismus als praktische Ideologie der Zerstörung

Ich schlage vor, den Neoliberalismus als eine praktische Ideologie der Akteure des Kapitals zu begreifen. Als solche ist er vor allem (gegen)revolutionär und zerstörerisch; er organisiert die Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse unter kapitalistischen Bedingungen. Aber der Neoliberalismus ist, auch wenn er die gesamte Lebensführung organisieren will, keine eigenständige Ideologie im Sinne einer umfassenden konzeptiven Weltauffassung der bürgerliche Klasse; eher formuliert er die ökonomisch-korporative Interessenlage des Bürgertums und reduziert dessen Lebensführung auf einige ökonomische Aspekte. Auf dem Niveau der wohlfahrtsstaatlichen Massendemokratie, angesichts einer staatlichen Herrschaft, die durch Demokratisierung und Konzessionen in die Krise geraten war, einer politisch-kulturellen Situation, die als subversiv, spätbürgerlich und postmodern galt, sowie angesichts gesellschaftlicher Kräfte, die dabei waren, sich durch Kämpfe um das Wissen von unten, für neue Identitäten, gegen Kolonialismus, Rassismus und Nationalismus ihre Geschichte anzueignen, die Veränderbarkeit und Zukunft der Gesellschaft zu erschließen, geht es um die Vergewisserung und Wiederherstellung bürgerlicher Herrschaftsgrundlagen durch den Rückgriff auf die Herrschaft des Marktes selbst: Schutz des Privateigentums an den Produktionsmitteln, rechtliche Regelungen, die einen stabilen unternehmerischen Erwartungshorizont schaffen, überhaupt hohe Erwartungsstabilität durch staatlichen Schutz der Märkte, und schließlich eine gesellschaftliche Entwicklung, die durch Kontingenz der Märkte bestimmt ist, also Verzicht auf Vernunft als bewusste Kontrolle und Lenkung des Zusammenlebens durch alle sowie Freiheit des Wettbewerbs als Prinzip der Evolution selbst.

Als Strategie der passiven Revolution sowie der Zerstörung der Errungenschaften von Lebensgewohnheiten und Regelungen, die den wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromiss auf Dauer stellten, verfolgt der Neoliberalismus nicht die Strategie der Hegemonie, und er kann wohl auch gar nicht hegemonial werden. Der Neoliberalismus will sich gar nicht verpflichten und binden, indem er neue Allgemeinverbindlichkeiten schafft. Bei ihm handelt sich vielmehr um eine Strategie, die sich gegen Hegemonie richtet, also gegen eine Politik der Zugeständnisse im bürgerlichen Lager, die als zu kostenintensiv gedeutet wird. Margaret Thatcher hat wahrscheinlich die antihegemoniale Formel des neoliberalen Programms geprägt: So etwas wie Gesellschaft gebe es nicht, behauptete die britische Premierministerin damals, sondern nur Individuen und Familien.

Systematisch werden die Überbauten, in denen sich die Kompromisse zwischen den antagonistischen sozialen Klassen in allgemeinverbindlicher Form ver-

dichten, geprüft, umgebaut, eingeschränkt, zerschlagen und direkt der Verwertung durch Einzelkapitale unterworfen – soweit sich dies mit Erwartungen auf Gewinne verbinden lässt und von Konkurrenten nicht verhindert werden kann, die Nachteile für sich befürchten müssen, wenn bislang staatlicherseits gewährleistete Rahmenbedingungen nun womöglich bloß mit hohen Kosten zur Verfügung gestellt werden. Die Existenz der Überbauten wird zur Disposition gestellt. Es herrscht die Tendenz, zugunsten des korporativen Interesses weniger sozialer Gruppen, die sich in einem schnellen Tempo bereichern, ein breites Geflecht von sozialen Kompromissen zu zerreißen. Dafür wird eine Strategie verwendet, die sehr häufig an elementare Alltagserfahrungen anknüpfen kann, soziale Verhältnisse moralisiert und auf überraschende Weise Gerechtigkeitsgesichtspunkte mobilisiert.

Neoliberalismus ist der Versuch, den Kapitalismus, den Markt, den Wettbewerb und das Leistungsprinzip als Lösung der Gerechtigkeitslücken auszuweisen, die – aus seiner Sicht – von einer Politik der sozialen Gerechtigkeit erzeugt wurden. Diese Umstellung von sozialer Gerechtigkeit auf Leistungs- und Chancengerechtigkeit begünstigt eine besitzindividualistische Orientierung, und diese zerstört die Allgemeinheit der Überbauten. Soweit diese nach Prüfungsprozessen (Controlling, Evaluation und Ranking) erhalten bleiben, stärken sie aufgrund von Umstrukturierungen auch ihrerseits die soziale Selektion. Dies bedeutet, dass der Neoliberalismus eine Herrschaftsstrategie ist, die versucht, so weit wie möglich ohne Konzessionen zu herrschen.

Das ist wahrscheinlich eines der Hauptelemente des Neoliberalismus: in der Krise der Kapitalverwertung, welche die fordistische Regulation nicht weiter lösen konnte, das Gewicht der Einzelkapitale zu verändern, die an der Verteilung des abgepressten Mehrwerts teilnehmen dürfen, sowie neue Bereiche der Kapitalverwertung durch Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Kollektivgüter wie Wasser, Gene, medizinische Versorgung, Wissen oder Ressourcen zu erschließen. Dies führt zu enormen Verwerfungen in den eingespielten Interessenkonstellationen zwischen Einzelkapitalen oder Kapitalfraktionen und ihrem jeweiligen Verhältnis zum subventionierenden Wohlfahrtsstaat; ohne Einschnitte in eingespielte Konkurrenz- und Austauschmechanismen geht es nicht. Der Neoliberalismus ist das zerstörerische Moment in den selbsttransformativen Prozessen der kapitalistischen Gesellschaftsformation.

Neoliberalismus und andere Ideologien

Der Mangel an Hegemoniefähigkeit, mehr noch eine Distanz gegenüber dem verpflichtenden Charakter von Hegemonie kommt auch darin zum Ausdruck, dass sich der Neoliberalismus als praktische Ideologie vielfach mit anderen ideologischen Komponenten verknüpft. Entsprechend konnte der Neoliberalismus in den vergangenen Jahrzehnten in der Verbindung mit der Sozialen Marktwirtschaft erfahren werden, aber auch in Verbindung mit dem Neokonservatismus nach Art von Ronald Reagan und einem starken, *warfare*-orientierten Staatsinterventionismus, mit einem christlichen Fundamentalismus nach Art von George W. Bush und einer Kaperung des Staatsapparates durch wenige Unternehmen wie Halliburton, in Verbindung mit einem autoritären Populismus nach Art von Margaret Thatcher oder Silvio Berlusconi und dessen Strategie, sich den Staat für seinen privaten Zweck als Unternehmer anzueignen, oder mit der Sozialdemokratie Tony Blairs und Gerhard Schröders sowie den Bündnisgrünen.

Die weite Verbreitung und Verknüpfungsfähigkeit mit anderen Ideologien legt den Schluss nahe, diese seien Neoliberalismus in verkleideter Form. So erklärt Bernhard Walpen (2004) den Neokonservatismus zu einer für die USA typischen Spielart des Neoliberalismus, weil dort der Liberalismus seit den 1930er-Jahren mit dem keynesianisch inspirierten *New Deal* und dem politischen Liberalismus assoziiert wird. Doch auf diese Weise werden die christlichen, neokonservativen, lebensschützerischen, rechtspopulistischen, rassistischen bzw. unilateralistisch-staatsinterventionistischen Aspekte zu schnell außer Betracht gelassen. Wird alles mit dem Neoliberalismus gleichgesetzt, dann werden die ideologischen Tendenzen vereinheitlicht, und es geraten nicht nur die ideologischen Widersprüche aus dem Blick, sondern auch die Tatsache, dass sich eine Reihe von Ideologien mit Interessen an die Reorganisation der kapitalistischen Herrschaft binden. Wenn man dies ignoriert, wird alles zu Neoliberalismus und dieser selbst auf eine Substanz reduziert, die dann wiederum in vielen Formen erscheinen muss, um den konkreten Unterschieden Rechnung tragen zu können. Am Ende scheint es so, als würde eine Ideologie die Geschichte machen.

Eine Verteidigung der Hegemonie des Neoliberalismus könnte allerdings auch in der Weise weitergeführt werden, dass diese vielfältigen Verknüpfungen des Neoliberalismus auf seine Hegemonie hinweisen, sofern es ihm gelingt, viele andere Ideologien oder ideologischen Elemente überzudeterminieren. Das ist tatsächlich eine der schwierigen Fragen, wie eine solche ideologische Kräftekonstellation zu bewerten ist.

Es sind vor allem drei Argumente, die ich vorbringen möchte:

1. verbindet sich der Neoliberalismus mit den anderen Ideologien offenkundig nur „mechanisch“, oberflächlich und punktuell, weshalb sich die Verbindungen schnell wieder auflösen.
2. dürften im Fall einer Hegemonie nicht alle ideologischen Tendenzen letztlich auf Neoliberalismus reduziert werden. Hegemonie würde gerade bedeuten, dass der Neoliberalismus selbst überdeterminiert wird und mit anderen Ideologien zu etwas Eigenem und Neuem verschmilzt. Andernfalls müsste man annehmen, der Neoliberalismus sei selbst schon die Form des Kompromisses mit den subalternen Klassen. Doch der Neoliberalismus ist im Gegenteil eine Kampfansage an alle, die kein Eigentum an Produktionsmitteln haben, eine Ideologie der Zumutungen an die Beherrschten, die auf Verzicht, Verarmung, verschärfte Ausbeutung, Unterwerfung und Botmäßigkeit in allen Aspekten des Lebens zielt, während das Bürgertum, soweit es nicht selbst Opfer der Restrukturierung ist, seine Gewinne steigert und sich triumphierend selbst feiert.
3. ist der Neoliberalismus eher durch ein mechanisches Verhältnis zu den anderen Ideologien der Herrschenden gekennzeichnet. Sie bleiben einander äußerlich und treffen sich nur in einigen Aspekten wie der Kritik an den Gewerkschaften oder dem Wohlfahrtsstaat und den Forderungen nach Eigenverantwortung oder Subsidiarität. Diese ideologischen Elemente sind vorwiegend kritisch, denn sie bezwecken die Auflösung einer relativ kohärenten Kräftekonstellation, was von einem großen Teil der lohnabhängigen Bevölkerung nicht unterstützt wird. Zahlreiche Umfragen belegen, dass es Mehrheiten für starke Gewerkschaften, die Beibehaltung der Mitbestimmung und den Fortbestand des Wohlfahrtsstaates gibt. Die herrschende Politik weiß das. Entsprechend wird argumentiert, die bestehenden sozialstaatlichen Absicherungen sollten durch einen „Umbau“ zukunftssicher gemacht werden – was heuchlerisch ist, weil es zu langfristig geplanten Verschlechterungen kommt (vgl. dazu: Butterwegge 2006, S. 115 ff.). Oder es wird argumentiert, dass die Menschen endlich „aufwachen“ sollten und es so bequem und sicher wie in der Vergangenheit nicht mehr weitergehen könne – was die politischen Ziele offen benennt, aber gleichfalls verlogen ist, weil die Individuen bislang nicht sicher und risikolos gelebt haben und es gegenwärtig um eine Umverteilung und Abwälzung der Risiken auf die Lohnabhängigen geht. Ein Prozess der Verallgemeinerung kommt mit solchen Argumenten nicht in Gang.

Organische und neoliberale Intellektuelle

Eine Kritik der These einer hegemonialen Stellung des Neoliberalismus muss zwei weitere Argumente bedenken, die an Gramsci anschließen. Das eine Argument lautet, die Hegemonie sei wesensmäßig mit der Herausbildung großer „organischer" Intellektueller verbunden. Gramscis Überlegungen zufolge wuchsen solche Intellektuelle dann in die gesellschaftliche Position von Philosophen hinein. Obwohl sie häufig aus der Philosophie kommen, hat dies nichts mit Fachphilosophie zu tun. Umgekehrt bezieht die Fachphilosophie ihr Prestige in vielen europäischen Gesellschaften weitgehend daraus, dass ihr diese hegemonialen Autoren und Theorien zugerechnet wurden.

Für Gramsci beinhaltet die Aussage, ein Intellektueller sei organisch, vornehmlich zwei Aspekte:

1. Die organischen Intellektuellen übernehmen Aufgaben, die sich der herrschenden Klasse bei der Organisation des Produktionsapparates stellen, die sie aber aus Zeitmangel oder mangelnder Profitabilität auf die Dauer nicht selbst ausüben kann oder will.
2. Die organischen Intellektuellen entwickeln die Fähigkeit, die Lebensweise der von ihnen vertretenen Klasse zu verallgemeinern, und zwar einerseits, indem sie die vorgefundenen, traditionellen Intellektuellen assimilieren und mit ihnen ein Bündnis eingehen, sowie andererseits, indem sie die Intellektuellen der subalternen Klassen absorbieren und diese ihrer Sprecher berauben. Intellektuelle, die solche Fähigkeiten entwickeln, müssen in der Lage sein, sehr allgemein für viele Interessen zu sprechen; sie scheinen damit über den Klassen und Interessen zu stehen und für die Menschen im Allgemeinen zu sprechen.

Gramsci hatte den damals sehr bekannten italienischen Philosophen Benedetto Croce vor Augen, der sich mit Fragen der marxistischen Theorie beschäftigte, um von dieser für den Liberalismus zu lernen. Wenn wir heute nach solchen „olympischen" Intellektuellen suchen, handelt es sich um Personen wie John Rawls oder Jürgen Habermas – Intellektuelle, die mit ihren Theorien die Allgemeinheit der wohlfahrtsstaatlichen Demokratie repräsentiert haben. Betrachten wir den Neoliberalismus unter diesem Gesichtspunkt, lässt sich behaupten, dass er einen solchen Typ von Intellektuellen des Allgemeinen weder hervorgebracht hat noch je hervorbringen wird, weshalb er auch nicht hegemonial ist.

Bernhard Walpen hat zur Verteidigung des letzten Arguments den interessanten Vorschlag gemacht, die neoliberalen *think tanks* als neue organische Intellektuelle des Neoliberalismus zu begreifen, und mit dieser Überlegung umfassende Einsichten in Diskurszusammenhänge des Neoliberalismus gewonnen. Trotzdem ist m.E. Vorsicht angebracht. Die Bedeutung der *think tanks* hat in den vergangenen drei Jahrzehnten deutlich zugenommen und damit den staatlichen Politikmodus verändert (vgl. Demirović 2004; Resch 2005; Demirović 2007). Aber es handelt sich um intellektuelle Beratung, um für den Tag geschriebene Arbeitspapiere, um politiknahe Konzepte, um technokratische Ideologieplanung. Dabei geht es um praktische Ideologie; trotz unbestreitbarer Machteffekte ermöglicht sie nicht die Bildung eines klassenübergreifenden organischen Blocks. Niemand würde wohl Schriften von Detlef Müller-Böling (Leiter des von der Bertelsmann Stiftung finanzierten Centrums für Hochschulentwicklung) lesen, um daraus Aufschluss über das eigene Leben, die allgemeinen Prinzipien und Handlungsperspektiven, die Grundlagen der Gesellschaft und das menschliche Zusammenleben zu gewinnen.

Staat und Gerechtigkeit im Neoliberalismus

Ein weiteres wichtiges Argument besagt, dass der Neoliberalismus nun schon seit längerem daran arbeitet, eine neue Lebensweise durchzusetzen (vgl. Candeias 2004). Wie angedeutet, fragt es sich, warum in diesem Zusammenhang der Neokonservatismus völlig außer Betracht bleibt. Denn schließlich gingen in den USA oder Deutschland gerade von ihm die zentralen Angriffe auf die sog. Kulturrevolution von 1968 und die Forderung nach einer geistigen und moralischen „Wende“ aus. Ein verbreiteter Vorwurf gegenüber dem Neoliberalismus lautet, dass er zu einer Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse führe, was aber nicht das entscheidende Kriterium sein kann, weil dies in verschiedener Form für den Kapitalismus ganz allgemein wie auch für den wohlfahrtsstaatlich regulierten Kapitalismus gilt. Zutreffender erscheint mir die Überlegung Michel Foucaults (2004, S. 170 ff.), wonach der Markt im Neoliberalismus, anders als im klassischen Liberalismus, nicht ein vom Staat eingehegter und begrenzter Raum wirtschaftlicher Freiheit bleibt, die Freiheit des Marktes vielmehr zum Organisations- und Regulationsprinzip von Staat und Gesellschaft avancieren soll. Deswegen handelt es sich auch nicht um eine „Entbettung“ des Marktes, also seine Herauslösung aus der Gesellschaft. Der Markt wird vielmehr zu ihrem Prinzip emporstilisiert: Nicht

der Markt als Tausch und Konsum, sondern der Markt als operativer Mechanismus, der Freiheit und Gerechtigkeit ermöglicht, soll freigesetzt werden.

Im Unterschied zum klassischen Liberalismus vertritt der Neoliberalismus nicht das Prinzip des *Laissez-faire*. Es geht ihm keineswegs einfach darum, der Wirtschaft mehr Freiheit einzuräumen, sondern umgekehrt darum, zu bestimmen, wie weit sich die politische und soziale Gewalt der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs erstrecken soll (vgl. Foucault 2004, S. 169). Markt und Wettbewerb stellen sich nicht natürlich und von selbst ein, sind vielmehr ihrerseits das Ergebnis von Politik. Der Markt wird nicht einfach entgrenzt, sondern durch Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden für das Strukturprinzip des Wettbewerbs die geeigneten technischen, wissenschaftlichen, demografischen und rechtlichen Bedingungen der Entfaltung geschaffen. „Man soll für den Markt regieren, anstatt auf Veranlassung des Marktes zu regieren." (ebd., S. 174) Es gibt also auch im Fall des Neoliberalismus durchaus Staatsinterventionen, ihre Zielrichtung soll aber eine andere sein als im Fall der Planwirtschaft oder des Keynesianismus. Sie haben den Sinn, die Bedingungen für die Freiheit des Marktes herzustellen, der von den Neoliberalen als ein äußerst empfindlicher und zerbrechlicher Mechanismus imaginiert wird (vgl. ebd., S. 190).

Der Neoliberalismus plausibilisiert die kapitalistischen Naturgesetze durch das Versprechen, einerseits zu überprüfen, ob ökonomische, soziale und emotionale Kosten gerechtfertigt sind, und andererseits Gerechtigkeit herzustellen. Er greift jene Zweifel auf, die auch innerhalb der Linken hinsichtlich des Bürokratismus, der Intransparenz und der mangelnden Effizienz von staatlichen Behörden, kapitalistischen Unternehmen oder wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen verbreitet waren. Es sind jedoch nicht nur Zweifel, die er aufgreift, sondern er bietet auch an, Gerechtigkeitsansprüche durch objektive Maßstäbe, die der Markt zur Verfügung stellt (Geld, unternehmerischen Erfolg und Aktienkurse), zu befriedigen. Im Namen der Gerechtigkeit soll plausibel gemacht werden, warum Lohnprivilegien beseitigt und niedrige Löhne eingeführt werden müssen. Die neoliberalen Überlegungen stoßen freilich auf keine direkte Zustimmung unter Lohnabhängigen, sondern finden Rückhalt eigentlich nur bei Unternehmern und Managern. Neoliberalismus ist eine interne Ideologie der bürgerlichen Klasse und entspricht ihrem Interesse, das Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Verausgabung von menschlicher Arbeitskraft zu ihren Gunsten zu ändern. Sie begreift die Durchsetzung dieses Interesses als eine das Allgemeinwohl fördernde Maßnahme der Gerechtigkeit, was ihrem Paternalismus und Managerialismus entspricht, zu glauben, dass sie viel besser als die Gewerkschaften oder die Betroffenen selbst wisse, wie höhere Wohlstandsgewinne zu erzielen wären, auch

zum Vorteil der Lohnabhängigen. Es wird also keine plumpe Interessenpolitik propagiert, sondern eine Gemeinwohlphilosophie vertreten, die allerdings diejenigen, an deren Wohlstand gedacht wird, ausschließt. Genau deswegen geht es nicht um Hegemonie. Vielmehr handelt das Bürgertum nach der Maxime, dass, was für es selbst gut ist, für alle gut sein muss. Dabei handelt es sich um eine paternalistische Gerechtigkeitsideologie, die das Interesse weniger mit dem Wohl aller gleichsetzt. Dass dabei viele Einzelne herausfallen, wird nicht als Widerspruch wahrgenommen. Es handelt sich um Opfer, die angeblich für den Erhalt des „eigenen" Standorts und für das Wohlergehen der zukünftigen Generationen gebracht werden müssen (vgl. dazu: Butterwegge 2008, S. 143 ff.). Immerzu wird suggeriert, es handle sich um eine Übergangsphase, während doch gleichzeitig viele Prozesse zur Formierung neuer gesellschaftlicher Reproduktionsmuster tendieren.

Der Neoliberalismus: eine Vulgärökonomie

Wir sind jetzt an einem Punkt, der für die Beurteilung des zweifelhaften Charakters des Neoliberalismus entscheidend ist. Der Neoliberalismus ist in seiner Praxis ideologisch und an der Einlösung solcher von ihm beanspruchter Kriterien wie Effizienz oder Effektivität nur in einem begrenzten Maße interessiert. Das kennzeichnet ihn als Vulgärökonomie, als eine Ideologie, die nicht verallgemeinerungsfähig ist, sondern eine Lehre solcher Gruppen des Bürgertums, deren Existenzgrundlage transnationale Geschäfte sind und die sich deswegen von allem zu befreien suchen, was ihre Wettbewerbsfähigkeit einschränken könnte. Wenn der Neoliberalismus die nichtintendierten Kosten der Gewerkschaften oder des Sozialstaates berücksichtigt wissen will, so kann das durchaus vernünftig sein, um Verbesserungen der Vertretung von Lohnabhängigen, Erweiterungen des Arbeitsbegriffs oder Effizienzprüfung und Öffnung für die realen Lebenslagen herbeizuführen. Darum geht es dem Neoliberalismus allerdings nicht, sondern um schnelle Höchstgewinne und verbesserte Möglichkeiten zur Auspressung der Arbeitskraft ohne Konzessionen. Entsprechend ist er sich selbst gegenüber großzügig und erwägt nicht die Kosten, die seine eigenen Maßnahmen mit sich bringen. Dazu gehören in den Firmen die Kosten von Unternehmensberatern und -reorganisation sowie die geringere Produktivität wegen Störungen der Arbeitsabläufe und Verängstigung der Beschäftigten. Im Bildungsbereich bedarf die ständige Evaluation einer gewaltigen Evaluierungs- und Akkreditierungsbürokratie, was enorme Kosten für den Aufbau einer entsprechenden Verwaltung

und entsprechende private Mitnahmeeffekte erzeugt. Riesige Geldsummen werden für wissenschaftsfremde Zwecke gebunden; viele Wissenschaftler/innen sind nur noch mit der Einwerbung von Drittmitteln und der Aufbereitung ihrer Tätigkeit für die Evaluierung beschäftigt, während die Wissenschaft selbst auf der Strecke bleibt, was langfristig zu einer Schädigung des Kompetenz- und Wissensniveaus der Gesellschaft führt. Ein weiteres Beispiel bieten die Transaktionskosten, welche die Privatisierung von Krankenversicherung oder Altersvorsorge für die Einzelnen mit sich bringt, also der Informationsaufwand, das Betrugsrisiko sowie die Verschlechterung des Verhältnisses von Versicherungsbeiträgen und Leistungen. Überall fällt man hinter eine entfaltete gesellschaftliche Arbeitsteilung zurück und nährt die Vorstellung, dass die Effizienz zunimmt, wenn die Einzelnen als Nutzenmaximierer die Kosten selbst tragen müssen.

Die kritische Überprüfung geht im Fall des Neoliberalismus nicht so weit, dass auch die privatwirtschaftliche Unternehmensorganisation, die Logik der Märkte, die staatlichen Kerninstitutionen wie Recht, Regierung, Militär, Polizei, Justiz und Strafvollzug auf ihre gesellschaftlichen Kosten hin überprüft werden. Es wird nicht nach den gesellschaftlichen Opportunitätskosten gefragt, welche die Entscheidung für die bestehende gesellschaftliche Formation statt für eine andere mit sich bringt. Der Neoliberalismus will die Antwort der Logik der Kontingenz überlassen, denn jede zielvolle Gestaltung der Gesellschaft nach vernünftigen Gesichtspunkten in der Tradition der Aufklärung hat aus seiner Sicht nur in den Totalitarismus geführt. Bevor noch einmal etwas bewusst versucht wird, überlässt der Neoliberalismus lieber alles den Gesetzen der Natur, und diese sollen zum Markt führen.

Unter tendenzieller Außerkraftsetzung der Demokratie sind Markt und Macht die Antworten des Neoliberalismus (vgl. dazu: Lösch 2008, S. 222 ff.). Mit aller Macht müssen die Gesetze der Natur verteidigt werden – das ist ein Kernelement der bürgerlichen Ideologie seit Thomas Hobbes –, also die Macht darüber, wer das Recht hat, darüber zu entscheiden, dass es den Markt gibt und wem die Kosten aufzubürden sind: „Die Frage ist nicht: ‚Wie sozial ist die Marktwirtschaft?', auch nicht ‚wie sozial soll sie sein?', sondern ‚wie viel Soziales erträgt eine wettbewerbsfähige Marktwirtschaft?' und ‚wer soll dieses Soziale bestimmen?'" (Dahrendorf 2005) Ralf Dahrendorf legt hier offenherzig dar, dass die Entscheidungen des Marktes der Maßstab aller Dinge sind und die Entscheidung für die Definition des Sozialen von denen beansprucht wird, die über die Marktwirtschaft entscheiden. Aus der Sicht von Dahrendorf heißt dies, dass soziale Rechte als kodifizierte Anspruchsrechte ebenso wie die Gewerkschaften zur Seite geschoben werden können. Er möchte das, was als sozial gilt, wieder zum

Gegenstand politischer Auseinandersetzungen mit ihren wechselnden Ergebnissen machen. Aus einer solchen Formulierung spricht das Überlegenheitsgefühl derer, welche die ökonomische Definitionsmacht haben. Gerade dies müsste und könnte ihnen die Linke streitig machen. Sie könnte einen besonderen Gebrauch von Marx' reflexiver Frage nach dem Erzieher der Erzieher machen, also die Evaluatoren evaluieren: die Bundeskanzler und Abgeordneten, die Jasager in der Presse und an den Universitäten; die Kosten der Kostenprüfer prüfen; eine Bewertung der Rating- und Rankingagenturen durchführen; die Unternehmensberater auf den Erfolg ihrer wirtschaftspolitischen Strategien hin kontrollieren. Nach gut 20 Jahren neoliberaler Misserfolge ist dies dringend geboten, um den konformistischen Theologen des Marktes die Rechnung zu präsentieren. Es gehört zu den historischen Kompetenzen der Linken, gesamtgesellschaftliche Rationalitätsansprüche hinsichtlich der materiellen Produktion sowie der Verfügung über Ressourcen und menschliche Arbeitskraft zur Geltung zu bringen. Das andere ist eine historisch möglich gewordene konkrete Alternative.

Es ist also erklärungsbedürftig, warum ökonomische Kriterien eine so geringe Rolle spielen. Ich vertrete die mit meinem Zweifel an der Hegemoniefähigkeit des Neoliberalismus verbundene These, dass dieser eine Form symbolischer Gewalt darstellt. Über ökonomische Fragen soll gerade nicht diskutiert werden, weil die machtvolle Behauptung, dass es keine Alternativen gebe, gerade zu einem Zeitpunkt aufrechterhalten werden soll, wo die kapitalistische Formation verändert wird, um sie zu erhalten. Damit der Schleier des Unwissens erhalten werden kann, wird vermieden, den Sinn und die Funktionsweise des Ökonomischen selbst überhaupt zum Gegenstand von Konsensbildung zu machen. Ökonomische Gesichtspunkte werden dort, wo sich alles um Gewinn dreht, als bloß materialistisch abgewertet. Die neoliberale Wirtschaftspolitik ist mit einer Wiederbelebung des Nationalismus und Patriotismus, des Rechtspopulismus (vgl. dazu: Butterwegge/Hentges 2008), des öffentlich inszenierten Christentums, des antiwissenschaftlichen Mystizismus in vielen Spielarten (Kreationismus, Fantasy und Psychokulte) verbunden. Eine der Lehren, welche die Vertreter/innen der CDU aus ihren starken Wahlverlusten bei der Bundestagswahl 2005 zogen, lautet, dass Themen wie Ökonomie, Steuer oder Staatsverschuldung zu kalt sind und sich nicht an die Herzen der Menschen wenden. Sie wissen genau, dass nicht die Themen zu kalt sind, sondern sie selbst, und dass sie sich antidemokratisch über die Mehrheit der Gesellschaft hinwegsetzen, die eine solche Wirtschaftspolitik ablehnt. Aber auch in vielen linken Theorien spielen Moral und Kultur immer noch und trotz einer Aufwertung der Diskussion über Globalisierung eine größere Rolle als die materiellen Lebensverhältnisse. Vielfach beklagen die Argumente

moralisch lediglich den Mangel an Einbettung und Regulierung der Märkte oder kulturkritisch den Primat des Ökonomischen; die Theoriebildung ist fragmentiert.

Mittels neoliberaler Konzepte reorganisieren mächtige Akteure die kapitalistische Produktionsweise. Herrschaft wird in der Form von Dominanz, Angst und *Governance*, nicht in der Form von Hegemonie ausgeübt. Es stellt sich durchaus die Frage, ob es – im oben bestimmten Sinne – überhaupt wieder zu Hegemonie kommt, ob Hegemonie also vielleicht nur eine besondere Form der konsensuellen Herrschaft unter Bedingungen des Fordismus war oder ob nur während einer mehr oder weniger langen Übergangsphase auf Hegemonie verzichtet wird, weil sie die Ausübung der Eigentumsrechte und den Profit einschränkt. Aufgrund der schnelleren Zyklen der Kapitalverwertung wird auch hier anders gerechnet. Die Kosten von Krisen können in Kauf genommen werden, wenn sie niedriger sind als die Kosten für ihre Vermeidung; dies ermöglicht die Senkung von Transaktionskosten und die Mitnahme von Gewinnen. Bis es wirklich notwendig wird, für die Vermeidung von Krisen viel Geld auszugeben, kann man dieses selbst wiederum gewinnbringend investieren. Kapital lässt sich verlagern, um auf diese Weise lokalen Krisen zu entgehen. Prinzipiell spricht allerdings doch einiges dafür, dass sich eine neue Form von Hegemonie, also von Zugeständnissen der Herrschenden, der Herstellung einer neuen Allgemeinheit und der Assimilation von Intellektuellen etabliert. Allerdings darf dabei nicht außer Betracht bleiben, dass einem solchen Prozess üblicherweise auch die Bildung von Interessenparteien und tiefe Konflikte um die gesellschaftliche Entwicklung und Verwerfungen vorausgehen. Heute lassen sich unschwer Elemente einer Strategie erkennen, die nicht nur darauf zielt, die Herausbildung oppositioneller Zentren zu verhindern, sondern auch die institutionellen Spielräume zu verkleinern, in denen die Konflikte demokratisch zur Geltung gebracht und ausgetragen werden könnten. Diese nicht ganz ungefährliche Entwicklung lässt Sozialwissenschaftler/innen von „Postdemokratie“ sprechen (vgl. Crouch 2004).

Eine neue Phase des Kapitalismus

Wenn es sich aber nicht um eine neoliberale Hegemonie handelt, um was dann? Wie lassen sich die gegenwärtigen Formveränderungen des Kapitalismus interpretieren? Aus den vielen Analysen zu einer neuen Formierung der kapitalistischen Reproduktion, von der immer noch nicht eindeutig feststeht, welche Merkmale bestimmend sind und ob sie zu einer neuen Regulation führen können

(High-Tech-Basierung, finanzdominierte Akkumulation, *workfare*-Regime oder *Governance*), will ich nur ein Element herausgreifen, das des Netzwerks, und mich dabei auf die Diagnosen von Manuel Castells (2001), Michael Negri und Antonio Hardt (2002) oder Luc Boltanski und Éve Chiapello (2003) beziehen, gerade weil der Neoliberalismus in diesen Analysen des sich neu formierenden Kapitalismus eine geringe Rolle spielt. Sie betonen die Bedeutung von Netzwerken und Wissen. So deuten Boltanski und Chiapello (ebd., S. 574) an, das Hauptmerkmal der neuen Form des Kapitalismus sei weniger die Marktorientierung, sondern die Verbreitung der Netzlogik. Zu sehr sei die Gesellschaftskritik bewährten Gerechtigkeitsvorstellungen verhaftet geblieben und habe sich in die sterile Debatte zwischen Liberalismus und Etatismus verrannt, das Neue einer von der Netzlogik bestimmten Reproduktion der kapitalistischen Formation und ihrer Widersprüche werde jedoch verkannt, weshalb die Gesellschaftskritik der Linken auch immer noch ineffizient sei. In ihrer empirischen Auswertung der französischen Managementliteratur stellen Boltanski und Chiapello fest, dass für Manager das Marktmodell eine unverändert stabile, aber nachrangige Bedeutung besitzt, während seit den 1970er-Jahren das Netz- noch vor dem Markt- und hinter dem Industriemodell den zweiten Platz der Häufigkeit bei den in Anspruch genommenen Wirtschaftsmodellen einnimmt. Nach der Industrielogik sind die Hierarchie der Organisation und die Funktionalität der Beschäftigten bestimmend, für das Netzmodell jedoch andere Elemente charakteristisch: Die Menschen sollen beweglich und kommunikativ sein, Arbeitskontakte selbstständig bzw. in flachen Hierarchien herstellen und sich nicht an vordefinierte Strukturen klammern, sondern die Fähigkeit besitzen, von Projekt zu Projekt zu wechseln, lernfähig und anpassungsbereit bleiben sowie bereit sein, Fachkenntnisse und Berufserfahrungen fallen zu lassen. Es handelt sich um eine libertäre Art der Profitmaximierung, die durch enge Verbindung von Konkurrenz mit Kooperation, Kommunikation, Vertrauen und Leidenschaft für das gemeinsame Projekt charakterisiert ist (vgl. ebd., S. 180 und 257 f.). Damit werden mehrere wichtige Unterschiede des Netzmodells zur Logik des Marktes deutlich:

1. Marktwirtschaftliche Transaktionen erfolgen punktuell, während durch Vernetzung Austauschbeziehungen entstehen, die ohne Stabilisierung durch Planung nur von relativer Dauer sind.
2. Der Markt unterstellt bei der Preisbildung Transparenz, während die Netzwerke lediglich in Ausschnitten erkennbar sind und die Informationen nicht allen zum selben Zeitpunkt und zur Gänze zur Verfügung stehen.

3. Märkte funktionieren anonym, während sich Netze auf Abhängigkeits- und Vertrauensbeziehungen gründen.
4. Produkte werden für Märkte anonym und unabhängig von den Beteiligten aufgrund von Preissignalen entwickelt und angeboten. In der Netzwerkproduktion entwickeln sich Eigenschaften der Waren, der Produktion und der Arbeitsplätze (einschließlich der Ware Arbeitskraft) hingegen wechselseitig.
5. Die Beschreibung der Situation als Stärkung der Marktwirtschaft und des Wettbewerbs führt dazu, die starken Konzentrationsprozesse, die Stärkung der Unternehmenszentralen und die Kontrolle der Märkte durch wenige Unternehmen, Konzerne, Allianzen und Firmenpartnerschaften zu übersehen.

Deswegen ist empirisch zu untersuchen, wie viel Markt und Konkurrenz es überhaupt gibt. Für Frankreich halten Boltanski und Chiapello (2003, S. 266 f.) fest, dass der Marktanteil der Marktführer deutlich gestiegen ist und ein Drittel der Arbeitsplätze im Mittelstand von einem Konzern abhängt. Eher als die Beschreibung der Marktwirtschaft mit einer Vielzahl von Unternehmen mittlerer Größe erscheint die Beschreibung eines Netzes von Konzernen angemessen, die aus einer größeren Zahl von kleineren Einheiten bestehen, die wiederum mit Subunternehmern zusammenarbeiten, die häufig selbstständige Unternehmen ohne Beschäftigte sind. Das Netz erlaubt eine bestimmende Marktstellung, eine Kontrolle der verschiedenen Einheiten, eine Abwälzung von Risiken und eine hohe Flexibilität (vgl. ebd., S. 269). Auch Richard Sennett (1998, S. 69 ff.) beschreibt diese enorme, in Netze eingeschriebene Machtzunahme der Unternehmenszentralen. Luc Boltanski und Éve Chiapello vertreten die These, dass die Management- und Unternehmensstrategien sich weniger auf neoliberale Konzepte als auf solche der Netzlogik stützen. Die Netzlogik schließt die des Marktes nicht aus. Denn die neoliberalen Elemente wie Markt, Antietatismus, Schutz des Eigentums an den Produktionsmitteln, Ablehnung der Gewerkschaften sowie Ersetzung sozialer Gerechtigkeit durch Chancen- und Leistungsgerechtigkeit verbinden sich mit der Strategie des Netzes, das die Möglichkeit fließender Kommunikation durch Netzknoten verlangt, starre Hierarchien als hinderlich betrachtet und sich auf die Erfahrung der zunehmenden Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie neue Arbeits- und Beschäftigungsformen stützt. Daraus entstehen neue Konfliktlinien: die Beteiligung am Arbeitsplatz, die Subjektivierung der Arbeit, die Vermehrung der Autonomiespielräume, die Stärkung der kommunikativen Aspekte und gleichzeitig die systematische Prekarisierung durch befristete Arbeitsverträge und diskontinuierlichen Erwerb, schlechtere Bezahlung, drastisch verminderte

soziale Absicherung, Entwertung und Verschleiß von Qualifikationen sowie Entgrenzung der Arbeitszeiten. Die Konflikte haben in der jüngeren Vergangenheit eher zugenommen, und Versuche, sie im Rahmen einer Strategie des „Dritten Weges" in ein neues sozial-ökologisches Modernisierungsprojekt einzubinden, sind gescheitert. Die den subalternen Klassen vom bürgerlichen Lager während der vergangenen Jahre aufgezwungene Polarisierung haben sie lange Zeit passiv ertragen, zeitigt jedoch auch bei ihnen allmählich Konsequenzen: Genannt seien eine zunehmende Distanz gegenüber den etablierten Parteien und die Ablehnung der Regierungspolitik, Demonstrationen, eine größere Protest- und Streikbereitschaft sowie die Gründung einer neuen Partei auf der Linken.

Literatur

Boltanski, Luc/Chiapello, Éve (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz

Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, Berlin/Hamburg

Butterwegge, Christoph (2006): Krise und Zukunft des Sozialstaates, 3. Aufl. Wiesbaden

Butterwegge, Christoph (2008): Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik, in: ders./Bettina Lösch/Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, 2. Aufl. Wiesbaden, S. 135-219

Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.) (2008): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen/Farmington Hills

Castells, Manuel (2001): Das Informationszeitalter, 3 Bde., Opladen

Crouch, Colin (2004): Post-Democracy, Cambridge

Dahrendorf, Ralf (2005): Grundausstattung des Sozialstaats, in: Frankfurter Rundschau v. 21.5.

Demirović, Alex (2001): Herrschaft durch Kontingenz, in: Hans-Jürgen Bieling u.a. (Hrsg.), Flexibler Kapitalismus. Analyse, Kritik und politische Praxis, Hamburg, S. 208-224

Demirović, Alex (2004): Gouvernementalität und kognitiver Kapitalismus. Gesellschaftstheoretische Bemerkungen zur Immanenz des Wissens, in: Thomas Ernst u.a. (Hrsg.), Wissenschaft und Macht, Münster, S. 250-263

Demirović, Alex (2007): Politische Beratung, Think Tanks und Demokratie, in: Jens Wernicke/Torsten Bultmann (Hrsg.), Netzwerke der Macht – Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh, Marburg, S. 13-27

Foucault, Michel (2004): Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik, Frankfurt am Main

Gramsci, Antonio (1991 ff.): Gefängnishefte, 10 Bde., hrsg. von Wolfgang Fritz Haug/Klaus Bochmann, Berlin/Hamburg

Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt am Main/New York

Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin

Lösch, Bettina (2008): Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie, in: Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak, Kritik des Neoliberalismus, 2. Aufl. Wiesbaden, S. 221-283

Resch, Christine (2005): Berater-Kapitalismus oder Wissensgesellschaft? – Zur Kritik der neoliberalen Produktionsweise, Münster

Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin

Walpen, Bernhard (2004): Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society, Hamburg